

Art. 23. Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2024.

Art. 24. De minister bevoegd voor de Hulpverlening aan de Jeugd is belast met de uitvoering van dit besluit. Brussel, 21 december 2023.

Voor de Regering van de Franse Gemeenschap :

Minister-president, belast met Internationale Betrekkingen, Sport en Onderwijs voor Sociale Promotie,
P.-Y. JÉHOLET

De minister van Hoger Onderwijs, Wetenschappelijk Onderzoek, Universitaire ziekenhuizen,
Hulpverlening aan de Jeugd, Justitiehuisen, Jeugd en de Promotie van Brussel,
F. BERTIEAUX

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2023/206751]

13. November 2023 — Dekret über Maßnahmen im Bereich der Beschäftigungsförderung und der Arbeitsvermittlung (1)

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL 1 — *Allgemeine Bestimmungen*

Artikel 1 - Anwendungsbereich

Vorliegendes Dekret findet Anwendung auf den von der Regierung bestimmten Dienst, die Partner sowie alle Personen, die die in vorliegendem Dekret festgelegten Unterstützungsmaßnahmen als Nutzer in Anspruch nehmen.

Art. 2 - Personenbezeichnungen

Personenbezeichnungen im vorliegenden Dekret gelten für alle Geschlechter.

Art. 3 - Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets versteht man unter:

1. Dienst: der von der Regierung bestimmte Dienst;
2. Nutzer: Arbeitssuchende, Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Schüler sowie jede natürliche oder juristische Person, die eine durch vorliegendes Dekret angebotene Dienstleistung nutzt oder nutzen kann;
3. Arbeitssuchender: jede Person, die auf der Suche nach einer beruflichen Tätigkeit als Arbeitnehmer oder als Selbstständiger ist und Zugang zum belgischen Arbeitsmarkt hat, unabhängig von ihrem jeweiligen Einkommen oder Ersatzeinkommen. Die Suche nach Arbeit beinhaltet die Suche nach dazu nützlichen Förder-, Praktika- oder Qualifizierungsangeboten;
4. Arbeitgeber: jede natürliche oder juristische Person, die eine bezahlte Arbeit im Rahmen eines statutarischen oder vertraglichen Arbeitsverhältnisses anbietet oder ein Praktikum oder eine Berufsausbildung anbietet;
5. Eintragung: die Eintragung in das Register der Arbeitssuchenden gemäß Artikel 5 des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung;
6. Partner: Einrichtungen oder Unternehmen, mit denen der Dienst zur Ausübung der in vorliegendem Dekret definierten Aufgaben zusammenarbeitet und die Dienstleistungen zugunsten der Nutzer anbieten, die die Umsetzung der in den;
Artikeln 5 bis 7 beschriebenen Aufgaben unterstützen;
7. gleichlautendes Gutachten: einer Entscheidung vorhergehendes, verbindliches und form- und fristgerecht erstelltes Gutachten, das den Entscheidungsvorschlag nur dann gestattet, wenn es uneingeschränkt oder unter Auflagen günstig ist;
8. Datenschutz-Grundverordnung: die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung);
9. LBA: die lokale Beschäftigungsagentur im Sinne von Artikel 8 § 1 des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer.

KAPITEL 2 — *Beschäftigungspolitische Aufgaben des Dienstes*

Art. 4 - Zielpublikum

Für die Anwendung des vorliegenden Kapitels und unbeschadet anderer beschäftigungspolitischer Aufgaben, die ihm durch andere Dekrete aufgetragen werden, arbeitet der Dienst im Interesse von Nutzern und Personen, die sich beruflich orientieren oder entwickeln möchten.

Art. 5 - Beschäftigungsförderung

Der Dienst nimmt folgende Aufgaben im Bereich der Beschäftigungsförderung zugunsten von allen Nutzern mit Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet wahr:

1. Anbieten von Informationen, insbesondere zu folgenden Themen:
 - a) offene Stellen-, Praktikums- und Ausbildungsangebote;
 - b) Unterstützungsdienste und Dienstleistungen, Begleit- und Fördermaßnahmen, Beschäftigungsprojekte und -programme, sowohl des Dienstes als auch von Partnern;

- c) Entwicklungen des Arbeitsmarkts, Arbeitsmarktbedarfe, Berufsbilder und Kompetenzanforderungen;
2. Anbieten folgender Dienstleistungen für Arbeitsuchende, unabhängig davon, ob sie Arbeitslosengeld erhalten oder nicht:
- Eintragung und Austragung als Arbeitsuchender;
 - Identifizieren von Qualifikationen, Berufserfahrungen, Berufswünschen, Hemmnissen und Ressourcen;
 - Vermittlung von passenden Praktikums-, Ausbildungs- oder Arbeitsplatzangeboten;
 - Vermittlung von passenden Unterstützungs- und Fördermaßnahmen;
 - Beratung und Begleitung zu Fragen der beruflichen Eingliederung;
 - Unterstützung bei der Arbeitsplatzsuche und der Bewerbung;
 - Erstellung von Bescheinigungen aufgrund gesetzlicher, dekretaler oder verordnungsrechtlicher Bestimmungen;
 - Durchführung medizinischer Prüfungen und Tests;
3. Fördern der Aus- und Weiterbildung durch die Organisation:
- eigener Angebote;
 - von Angeboten mit Partnern;
 - von Prüfungen im Rahmen der in den Buchstaben a) und b) erwähnten Angebote oder zur Feststellung von Kompetenzen;
4. Anbieten der Berufswahlvorbereitung, Berufsorientierung und Berufsberatung für Schüler und Erwachsene;
5. Ausübung der Tätigkeit einer LBA und Verwaltung eines LBA-Systems;
6. Koordinierung von Maßnahmen bei Massenentlassungen, insbesondere die Einrichtung einer Beschäftigungszelle gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 23. Dezember 2005 über den Solidaritätspakt zwischen den Generationen;
7. Ausübung folgender Aufgaben in Sachen Outplacement:
- Erstattung der Outplacementkosten;
 - Sanktionierung der Arbeitgeber, die entgegen den Bestimmungen des Gesetzes vom 5. September 2001 zur Verbesserung des Arbeitnehmerbeschäftigungsgrades kein Outplacement angeboten haben;
 - Einsetzung des eingeforderten Betrags für das Outplacement von entlassenen Arbeitnehmern, denen keines angeboten wurde.

Der Dienst kann die in Absatz 1 aufgeführten Dienstleistungen für Personen ohne Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet erbringen, wenn:

- die Person eine Arbeitsstelle im deutschen Sprachgebiet sucht;
- die Person einen Arbeitnehmer mit Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet sucht;
- der Dienst eine entsprechende Zusammenarbeit mit einer anderen regionalen oder ausländischen Einrichtung für Arbeitsvermittlung vereinbart hat.

Art. 6 - Unterstützung von Arbeitgebern

Der Dienst unterstützt Arbeitgeber bei der Anwerbung und Ausbildung von Arbeitnehmern, indem er:

- Stellenangebote von Arbeitgebern aufnimmt, sie veröffentlicht und an Arbeitsuchende weiterleitet;
- geeignete Kandidaten für Arbeitsplatzangebote, Ausbildungsangebote oder Praktika vermittelt;
- zu Förder-, Aus- und Weiterbildungsprogrammen informiert und berät;
- Arbeitgeber bei der Personalauswahl begleitet und berät, insbesondere wenn sie Personen mit besonderen Hemmnissen ausbilden oder einstellen.

Art. 7 - Besondere beschäftigungspolitische Aufgaben

Der Dienst nimmt folgende besondere Aufgaben zur Umsetzung beschäftigungspolitischer Ziele wahr:

- Arbeitsmarktbeobachtung und Durchführung von Analysen;
- Bewertung von Dienstleistungen und Maßnahmen für Arbeitsuchende und Arbeitgeber;
- Förderung der Abstimmung und der Zusammenarbeit von Partnern;
- Verwaltung und Gewährung von Beihilfen und Beschäftigungs- oder Ausbildungsanreizen, die dem Dienst aufgrund einer gesetzlichen, dekretalen oder verordnungsrechtlichen Bestimmung anvertraut werden;
- Entwicklung und Anpassung von Dienstleistungen für das in Artikel 4 erwähnte Zielpublikum;
- Entwicklung und Koordination von Sonderprojekten;
- Organisation von Aus- und Weiterbildungen zu Fachthemen, die mit den beschäftigungspolitischen Aufgaben des Dienstes verbunden sind;
- Wahrnehmung der Vertretung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in belgischen, europäischen oder internationalen Gremien.

Art. 8 - Aktivierung und Kontrolle der Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt

Unbeschadet der Bestimmungen des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung übt der Dienst folgende Aufträge im Rahmen der Aktivierung und der Kontrolle der Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt aus:

- Kontrolle der Verfügbarkeit unter Einhaltung des normativen Rahmens der Föderalbehörde;
- Entscheidung über die Freistellung von den Erfordernissen der Verfügbarkeit entschädigter Arbeitsuchender für den Arbeitsmarkt bei Wiederaufnahme des Studiums, bei Teilnahme an einer Berufsausbildung oder an einem Praktikum.

Art. 9 - Durchführung

Die Regierung kann die besonderen Rahmenbedingungen, einschließlich eventueller Verfahrensbestimmungen, für die Durchführung der im vorliegenden Kapitel erwähnten Aufgaben des Dienstes festlegen.

Art. 10 - Partner

Der Dienst arbeitet zur Durchführung seiner Aufgaben mit Partnern und externen Dienstleistern zusammen. Dazu kann er Abkommen mit in- und ausländischen Partnern schließen.

Die Regierung kann sich im Hinblick auf die Durchführung der Aufgaben des Dienstes an juristischen Personen beteiligen. Die entsprechenden Abkommen können eine Kapitalbeteiligung beinhalten.

Art. 11 - Grundsätze bei der Ausübung der Aufgaben

§ 1 - Die Leistungen des Dienstes sind für Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Schüler und Arbeitsuchende unentgeltlich.

Die Regierung kann für einzelne Dienstleistungen des Dienstes Ausnahmen zur Unentgeltlichkeit vorsehen, insofern diese sich an Arbeitgeber oder Arbeitnehmer richten. In diesem Fall unterliegt der auferlegte Unkostenbeitrag dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.

§ 2 - In Abweichung von Artikel 14 des Dekrets vom 15. Oktober 2018 über die individuelle und öffentliche elektronische Kommunikation der Behörden des deutschen Sprachgebiets und unbeschadet des Artikels 16 § 2 Absatz 4 desselben Dekrets kann die Regierung die Partner verpflichten, elektronisch mit dem Dienst zu kommunizieren.

*KAPITEL 3 — Beteiligung und Beratung im Bereich der Beschäftigungsförderung***Art. 12 - Schaffung**

Es wird ein Verwaltungsausschuss für den Bereich Beschäftigungsförderung und Arbeitsvermittlung geschaffen.

Art. 13 - Zusammensetzung

Der Verwaltungsausschuss setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen:

1. einem Vorsitzenden;
2. vier Vertretern der repräsentativen Arbeitnehmerorganisationen;
3. vier Vertretern der überberuflichen Arbeitgeberorganisationen mit Sitz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
4. zwei Vertretern der lokalen Behörden des deutschen Sprachgebiets, wovon mindestens einer ein öffentliches Sozialhilfzentrum vertritt;
5. zwei Vertretern der Sekundarschulen;
6. einem Vertreter der Zentren für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen;
7. einem Vertreter der von der Deutschsprachigen Gemeinschaft geförderten Träger von beruflichen Ausbildungs- und Integrationsmaßnahmen.

Die in Absatz 1 Nummern 2 bis 7 aufgeführten Mitglieder sind stimmberechtigt.

Dem Verwaltungsausschuss gehören mit beratender Stimme an:

1. ein von der Regierung bestimmter Vertreter des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
2. ein von der Regierung bestimmter Vertreter des Dienstes;
3. ein Vertreter der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Der Verwaltungsausschuss kann punktuell Experten mit beratender Stimme zu seinen Sitzungen hinzuziehen.

Der Verwaltungsausschuss kann übergreifende Arbeitsgruppen einrichten und auflösen. Er legt die Aufgaben, Zielsetzungen und eventuelle Fristen fest, regelt die Modalitäten der Zusammensetzung und bestimmt den Vorsitzenden.

Art. 14 - Bestellung der Mitglieder

§ 1 - Die Regierung bestellt:

1. den Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses;
2. die in Artikel 13 Absatz 1 Nummer 2 erwähnten Mitglieder auf Vorschlag der repräsentativen Arbeitnehmerorganisationen;
3. die in Artikel 13 Absatz 1 Nummer 3 erwähnten Mitglieder auf Vorschlag der überberuflichen Arbeitgeberorganisationen mit Sitz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
4. die in Artikel 13 Absatz 1 Nummer 4 erwähnten Mitglieder auf Vorschlag der Gemeinden;
5. die in Artikel 13 Absatz 1 Nummer 5 erwähnten Mitglieder auf Vorschlag der Träger des durch die Deutschsprachige Gemeinschaft organisierten, anerkannten oder subventionierten Sekundarschulwesens;
6. das in Artikel 13 Absatz 1 Nummer 6 erwähnte Mitglied auf Vorschlag der Zentren für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen;
7. das in Artikel 13 Absatz 1 Nummer 7 erwähnte Mitglied auf Vorschlag der Träger von beruflichen Ausbildungs- und Integrationsmaßnahmen.

Die in Absatz 1 Nummern 2 bis 7 angeführten Mitglieder werden aus doppelten Listen vorgeschlagen. Liegt kein gemeinsamer Vorschlag der jeweils vorschlagsberechtigten Organisationen oder Einrichtungen vor, trifft die Regierung ihre Wahl aus den einzeln eingegangenen Vorschlägen.

Von den in Artikel 13 Absatz 1 Nummern 2 bis 7 angeführten Mitgliedern dürfen nicht mehr als zwei Drittel gleichen Geschlechts sein.

§ 2 - Die in § 1 Absatz 2 erwähnten Vorschlagslisten:

1. werden innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach der schriftlichen Aufforderung der Regierung zur Bestellung der Kandidaten eingereicht;
2. enthalten für jeden Kandidatenvorschlag jeweils einen Mann und eine Frau.

Ohne Beeinträchtigung der Beschlussfähigkeit des Verwaltungsausschusses verliert eine vorschlagsberechtigte Organisation oder Einrichtung ihr Mandat bzw. ihre Mandate für die Dauer von einem Jahr nach Ablauf der in Absatz 1 Nummer 1 vorgesehenen Frist, wenn sie innerhalb dieser Frist weder einen gemeinsamen noch einen einzelnen Vertreter für das zu besetzende Mandat bzw. die zu besetzenden Mandate gemäß § 1 Absatz 2 bei der Regierung vorgeschlagen hat.

Die Regierung kann auf begründeten Antrag des Mitglieds eine Abweichung von der in Absatz 1 Nummer 2 vorgesehenen Vorgabe gewähren.

§ 3 - Der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses darf keiner Weisungsgebundenheit gegenüber den im Verwaltungsausschuss vertretenen Organisationen und Einrichtungen unterliegen und nicht hierarchisch von der Regierung oder den Regierungsmitgliedern abhängen.

Die Eigenschaft als stimmberechtigtes Mitglied des Verwaltungsausschusses ist nicht vereinbar mit der als Mitglied des Europaparlaments, der Abgeordnetenversammlung, des Senats, eines Gemeinschafts- oder Regionalparlaments oder einer Regierung. Zudem darf ein stimmberechtigtes Mitglied des Verwaltungsausschusses nicht Provinzgouverneur oder Mitarbeiter in einem ministeriellen Kabinett sein.

Außer für die in Artikel 13 Absatz 1 Nummern 5 bis 7 aufgeführten Mitglieder ist die Eigenschaft als Mitglied des Verwaltungsausschusses nicht vereinbar mit einer haupt- oder

nebenberuflichen Abhängigkeit von privaten Arbeitsvermittlern bzw. Leiharbeitsvermittlern im Sinne des Dekrets vom 11. Mai 2009 über die Zulassung der Leiharbeitsvermittler und die Überwachung der privaten Arbeitsvermittler.

Art. 15 - Mandatsdauer

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses werden für die Dauer von fünf Jahren bestellt. Ihr Mandat kann erneuert werden.

Das Mandat der Mitglieder des Verwaltungsausschusses endet mit dem Ableben, dem freiwilligen Rücktritt, dem Entzug der bürgerlichen oder politischen Rechte, dem Verlust des Mandats der vorschlagsberechtigten Organisation oder Einrichtung oder wenn eine der in Artikel 14 § 3 vorgesehenen Unvereinbarkeiten eintritt.

Ein Mitglied, das vor Ablauf seines Mandats aus dem Verwaltungsausschuss ausscheidet, wird innerhalb von drei Monaten ersetzt. Das neue Mitglied beendet das Mandat seines Vorgängers.

Art. 16 - Beschlussfassung

§ 1 - Der Verwaltungsausschuss ist nur beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind. Ungeachtet der Anzahl anwesender stimmberechtigter Mitglieder kann er gültige Beschlüsse zu Punkten fassen, die zum zweiten Mal zur Tagesordnung stehen.

Die Beschlüsse des Verwaltungsausschusses werden mit absoluter Stimmenmehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, wobei der Vorsitzende nur bei Stimmengleichheit stimmberechtigt ist. In diesem Fall ist seine Stimme ausschlaggebend.

§ 2 - Die Sitzungen des Verwaltungsausschusses werden in Präsenzform abgehalten.

In Abweichung von Absatz 1 kann der Verwaltungsausschuss auf Beschluss des Vorsitzenden per Telefonkonferenz, Videokonferenz oder über andere elektronische Kommunikationsmittel, die die Sicherheit der elektronischen Kommunikation gewährleisten, tagen, beraten und entscheiden.

Das Kommunikationsmittel muss jedem Mitglied des Verwaltungsausschusses und anderen Teilnehmern ermöglichen, direkt, gleichzeitig und ununterbrochen von den Beratungen Kenntnis zu nehmen, an diesen aktiv teilzunehmen und das Stimmrecht in Bezug auf alle Punkte, über die die Versammlung zu beschließen hat, auszuüben.

Die Einladungen zur Sitzung des Verwaltungsausschusses beinhalten eine Beschreibung der Verfahren in Bezug auf die Fernteilnahme an der Sitzung. Das Mitglied des Verwaltungsausschusses, das über dieses Kommunikationsmittel an der Sitzung des Verwaltungsausschusses teilnimmt, gilt für die Einhaltung der jeweiligen Vorschriften in Bezug auf Anwesenheit und Mehrheit als anwesend.

Das Protokoll der Sitzung des Verwaltungsausschusses vermerkt eventuelle technische Probleme und Zwischenfälle, die die Teilnahme an der Sitzung und/oder an der Abstimmung auf elektronischem Weg verhindert oder gestört haben.

Art. 17 - Aufgaben

§ 1 - Der Verwaltungsausschuss berät den Dienst zu Fragen im Bereich der Beschäftigungsförderung und Arbeitsvermittlung und insbesondere bei der Ausführung der in Kapitel 2 aufgeführten Aufgaben.

Unbeschadet § 2 trifft der Dienst, insofern er hierzu entsprechend ermächtigt wurde, in folgenden Angelegenheiten keine Entscheidung ohne ein gleichlautendes Gutachten des Verwaltungsausschusses:

1. die Gewährung von Beihilfen zugunsten von juristischen und natürlichen Personen, mit Ausnahme der Arbeitssuchenden;
2. die Vergabe öffentlicher Aufträge im Teilbereich der Beschäftigungsförderung und Arbeitsvermittlung des Ausgabenhaushalts der Deutschsprachigen Gemeinschaft, deren Auftragswert 30.000 Euro übersteigt;
3. die Entwürfe zur strategischen Gesamtausrichtung, zur fachbezogenen Konzeptarbeit sowie zur Organisation und Erbringung der öffentlichen Dienstleistungen im Rahmen der operativen Umsetzung der dekretalen und verordnungsrechtlichen Aufträge, die dem Dienst übertragen wurden;
4. die Haushaltsentwürfe des Teilbereichs der Beschäftigungsförderung und Arbeitsvermittlung des Ausgabenhaushalts der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

§ 2 - Wenn das Gemeinwohl oder geltende Bestimmungen es erfordern, kann die Regierung den Verwaltungsausschuss dazu anhalten, bestimmte Beschlussvorlagen erneut zu begutachten oder bestimmte Fragen zu beantworten. Die Regierung teilt dem Verwaltungsausschuss mit, zu welchen Fragen der Verwaltungsausschuss innerhalb welcher Frist ein Gutachten abgeben muss.

Hat der Verwaltungsausschuss innerhalb der gewährten Frist kein Gutachten abgegeben oder kann die Regierung sich dem abgegebenen Gutachten nicht anschließen, kann sie in Abweichung von § 1 eine Entscheidung ohne Gutachten oder ungeachtet des Gutachtens des Verwaltungsausschusses treffen.

§ 3 - Der Dienst übermittelt dem Verwaltungsausschuss alle sechs Monate einen statistischen Überblick zur Haushalts- und Personalsituation, einen Bericht zum Beschwerdemanagement sowie einen Fortschrittsbericht zur Umsetzung der strategischen Ziele und von Projekten im Bereich der Beschäftigungsförderung und Arbeitsvermittlung.

§ 4 - Die Regierung holt zu jedem Dekret- oder Erlassentwurf im Bereich der Beschäftigungsförderung und Arbeitsvermittlung das Gutachten des Verwaltungsausschusses ein, insofern nicht bereits der Wirtschafts- und Sozialrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein Gutachten abgegeben hat. Der Verwaltungsausschuss ist verpflichtet, sein Gutachten innerhalb von zwei Monaten nach Antragstellung abzugeben, außer wenn eine andere Frist vereinbart wurde.

Bei Änderungen des Dienstrechts der Bediensteten des Dienstes beantragt die Regierung ein vorheriges Gutachten bei dem Verwaltungsausschuss.

Für die Durchführung der im vorliegenden Dekret festgelegten Ermächtigungen verabschiedet die Regierung die entsprechenden Bestimmungen entweder auf Vorschlag des Verwaltungsausschusses oder nach Unterbreitung der Vorentwürfe zwecks Begutachtung durch diesen.

Der Verwaltungsausschuss kann aus eigener Initiative oder auf Anfrage des Parlaments oder der Regierung Vorschläge oder Empfehlungen zur Anpassung des Angebots im Bereich der Beschäftigungsförderung und Arbeitsvermittlung mit den entsprechenden Rahmenbedingungen ausarbeiten.

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft kann durch seinen Präsidenten ein Gutachten des Verwaltungsausschusses anfragen. Der Verwaltungsausschuss übermittelt dem Antragsteller dieses Gutachten in einer vom Parlament festgelegten Frist.

Art. 18 - Geschäftsordnung

Der Verwaltungsausschuss gibt sich eine von der Regierung zu genehmigende Geschäftsordnung. Die Geschäftsordnung regelt insbesondere folgende Aspekte:

1. die Einberufung des Verwaltungsausschusses, die Festlegung der Tagesordnung und die Vorbereitung der Tagesordnungspunkte;
2. das Verfahren zur Beschlussfassung im Verwaltungsausschuss;
3. die Protokollführung;
4. den Tagungsort;
5. das Verfahren zum punktuellen Hinzuziehen von Experten.

KAPITEL 4 — Vertraulichkeit und Datenschutz

Art. 19 - Vertraulichkeit

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen sind die Regierung, der Dienst sowie alle anderen Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihrer Aufgaben anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

Art. 20 - Verantwortliche für die Datenverarbeitung

Unbeschadet des Artikels 21 ist die Regierung für die Verarbeitung der in Artikel 22 erwähnten personenbezogenen Daten verantwortlich. Sie gilt für die Verarbeitung dieser Daten als Verantwortliche im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung. Insofern Daten gemäß Artikel 25 an Dritte weitergeleitet werden, sind diese mit der Regierung gemeinsam verantwortlich.

Art. 21 - Verarbeitung von Daten zur Gesundheit

Die Verarbeitung von Daten zur Gesundheit der betroffenen Personen findet unter der Verantwortung einer Fachkraft der Gesundheitspflege oder einer anderen Fachkraft, die dem Berufsgeheimnis unterworfen ist, statt.

Art. 22. Datenkategorien

Der Dienst kann personenbezogene Daten folgender Kategorien gemäß Artikel 23 verarbeiten:

1. in Bezug auf Arbeitsuchende und Schüler:
 - a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;
 - b) die aktuelle Ausbildungs- oder Beschäftigungssituation;
 - c) die in Artikel 8 § 1 Nummer 1 oder 2 des Gesetzes vom 15. Januar 1990 über die Errichtung und Organisation einer Zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit erwähnte Erkennungsnummer;
 - d) Daten zum Schulbesuch bzw. zur Ausbildung;
 - e) Daten zur beruflichen Vergangenheit;
 - f) Angaben zu den beruflichen Zielen und Möglichkeiten;
 - g) vermittlungsrelevante Daten zu den beruflichen Fähigkeiten, Kompetenzen und Kenntnissen;
 - h) Angaben zu der Fähigkeit, eigenständig Arbeit zu suchen;
 - i) Angaben zu der Fähigkeit, elektronisch zu kommunizieren;
 - j) vermittlungsrelevante Daten zur Mobilität und zur Familiensituation;
 - k) Daten zu beruflich relevanten Freizeitbeschäftigungen und Interessen;
 - l) Angaben über die Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen Diensten;
 - n) weitere für die Begleit- und Vermittlungsarbeit relevante Chancen und Hemmnisse;
 - n) Angaben zu bisher genutzten Begleit- und Vermittlungsangeboten;
 - o) Angaben zu bisherigen Initiativen im Rahmen der Arbeitssuche;
 - p) vermittlungsrelevante Daten zur körperlichen und psychischen Gesundheit;
 - q) gerichtliche Daten in Form eines Auszugs aus dem Strafregister;

- r) Daten über die Unfreiwilligkeit der Arbeitslosigkeit;
 - s) Daten zu Kontrollen der Suchbemühungen und der Sanktionen in Anwendung des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit;
 - t) Daten zu den Entscheidungen, die im Rahmen der Kontrolle der Suchbemühungen und der Sanktionen gemäß dem Königlichen Erlass vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit ausgesprochen wurden;
2. in Bezug auf Arbeitgeber:
- a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;
 - b) Daten zur Ausbildungs- und Einstellungsbereitschaft;
 - c) Daten zu Praktika, Ausbildungs- oder Stellenangeboten;
 - d) Daten zur Inanspruchnahme von Beihilfen und Beschäftigungs- oder Ausbildungsanreizen und Dienstleistungen des Dienstes.

Die Regierung kann die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien präzisieren. Für die in Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe q) erwähnte Datenkategorie präzisiert die Regierung die Verurteilungen, die den Arbeitssuchenden und Schüler von einer Vermittlung in einen reglementierten Beruf oder in einen Beruf ausschließt, der einen Kontakt zu schutzbedürftigen Personengruppen erfordert, sowie die Zeitspanne, während der es keine solche Verurteilung gegeben haben darf.

Art. 23 - Verarbeitungszwecke

Vorbehaltlich dekretaler Bestimmungen, die die beschäftigungspolitischen Aufgaben der Regierung und des Dienstes sowie die Vorgaben bei der Verarbeitung personenbezogener Daten anderweitig festlegen, erhebt und verarbeitet der Dienst im Rahmen dieses Dekrets personenbezogene Daten ausschließlich zu folgenden Zwecken:

1. die in Artikel 22 Absatz 1 Nummer 1 Buchstaben a) bis r) aufgeführten Datenkategorien zur Umsetzung der Beschäftigungsförderung gemäß Artikel 5;
2. die in Artikel 22 Absatz 1 Nummer 1 aufgeführten Datenkategorien zur Umsetzung der in Artikel 8 erwähnten Aufträge im Rahmen der Aktivierung und der Kontrolle der Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt;
3. die in Artikel 22 Absatz 1 Nummer 2 aufgeführten Datenkategorien zur Unterstützung von Arbeitgebern bei der Anwerbung und Ausbildung von Arbeitnehmern gemäß Artikel 6.

Unbeschadet Absatz 1 kann der Dienst die vermittlungsrelevanten Daten zur Gesundheit der Arbeitssuchenden und Schüler ausschließlich zu folgenden Zwecken verarbeiten:

1. zur Anwendung des Königlichen Erlass vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit;
2. zum Ausschluss von Praktika-, Ausbildungs- oder Stellenangeboten, die mit den gesundheitlichen Hemmnissen des Arbeitssuchenden nicht vereinbar sind.

Unbeschadet Absatz 1 kann der Dienst die auf dem Auszug eines Strafregisters vorhandenen Daten verarbeiten, um die Führung des Arbeitssuchenden bzw. des Schülers auf die Vereinbarkeit mit vorhandenen Praktika-, Ausbildungs- oder Stellenangeboten zu prüfen.

Unbeschadet Absatz 1 darf der Dienst die erhobenen Daten nicht zu anderen als den in den Absätzen 1 bis 3 erwähnten Zwecken verwenden.

Art. 24 - Nutzung von Daten zur Erstellung von Analysen und Statistiken

Die Regierung oder der Dienst greifen grundsätzlich zur Erstellung von Analysen und Statistiken auf anonyme oder pseudonymisierte Daten zurück.

Die Erstellung von Analysen und Statistiken dient folgenden Zwecken gemäß Artikel 7:

1. Arbeitsmarktbeobachtung und Arbeitsmarktanalysen im Hinblick auf die Zurverfügungstellung eines auf den Arbeitsmarkt zugeschnittenen Angebots;
2. Entwicklung, Bewertung und Anpassung von Dienstleistungen und Maßnahmen für das in Artikel 4 erwähnte Zielpublikum;
3. Entwicklung und Koordination von Sonderprojekten;
4. Entwicklung und Organisation von Aus- und Weiterbildungen für Arbeitssuchende und Arbeitgeber.

Können die in Absatz 1 erwähnten Analysen und Statistiken nicht anhand anonymisierter Daten erstellt werden, ist der Rückgriff auf pseudonymisierte Daten gestattet.

Für die Anwendung von Absatz 3 vermerkt die Regierung oder der Dienst in der Verarbeitungserklärung, aus welchen Gründen die Verarbeitung anonymer Daten die Erstellung der in Absatz 1 erwähnten Analysen und Statistiken nicht ermöglicht.

Art. 25 - Zusammenarbeit mit Dritten

§ 1 - Die Beschäftigten des Dienstes sind dazu verpflichtet, mit öffentlichen und gemeinnützigen Einrichtungen zusammenzuarbeiten, die im Interesse der beruflichen Eingliederung des Nutzers Dienstleistungen anbieten.

Im Rahmen dieser Zusammenarbeit kann der Dienst Informationen austauschen, die den Nutzer oder die in Anspruch genommenen oder empfohlenen Dienstleistungen betreffen.

Ausschließlich zur Erfüllung der in Artikel 23 erwähnten Zwecke dürfen die in Artikel 22 erwähnten personenbezogenen Daten an Personen oder Einrichtungen übermittelt werden, die durch oder aufgrund eines Gesetzes, eines Dekrets oder einer Ordonnanz mit einem Auftrag öffentlichen Interesses betraut sind oder die Dienstleistungen für Arbeitssuchende und Schüler anbieten, die der Umsetzung der in Artikel 7 erwähnten beschäftigungspolitischen Aufgaben dienlich sind, sofern diese Übermittlung für die Ausführung des Auftrags öffentlichen Interesses oder das Anbieten der Dienstleistungen der betreffenden Personen oder Einrichtungen erforderlich ist und nur die für die in Artikel 23 erwähnten Zwecke relevanten Daten übermittelt werden.

§ 2 - Zur Ausübung seiner im Kapitel 2 aufgeführten Aufgaben arbeitet der Dienst mit Arbeitgebern, Arbeitsvermittlern und Dienstleistern zusammen, die Praktika, Qualifizierungen oder Arbeitsstellen anbieten.

Im Rahmen dieser Zusammenarbeit kann der Dienst Informationen austauschen, die den Nutzer, Praktika, Qualifizierungen oder Arbeitsstellen betreffen. § 1 Absatz 3 ist entsprechend anwendbar.

§ 3 - Die Regierung präzisiert:

1. die Personengruppen, mit denen Informationen ausgetauscht werden können;
2. die Daten, die ausgetauscht werden können.

Art. 26 - Aufbewahrungsdauer der Daten

Die gemäß Artikel 22 Absatz 1 und Artikel 25 verarbeiteten Daten des Nutzers bzw. des Arbeitgebers dürfen höchstens während zehn Jahren, nachdem er die Dienstleistungen nicht mehr in Anspruch genommen hat, in einer Form aufbewahrt werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht. Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden sie spätestens nach Ablauf dieser Frist vernichtet.

Art. 27 - Sicherheitsmaßnahmen

Der Dienst achtet bei der Verarbeitung der in den Artikeln 22 und 25 erwähnten Daten darauf, dass angemessene Sicherheitsmaßnahmen angewendet werden.

Der Dienst sorgt dafür, dass die gemäß Artikel 22 verarbeiteten Daten jeweils nur von jenen Personen verarbeitet werden, die unmittelbar mit der Umsetzung der entsprechenden Aufgabe betraut sind.

Insofern Daten anonymisiert oder pseudonymisiert werden, richtet sich die entsprechende Technik nach den Empfehlungen der Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit.

KAPITEL 5 — *Finanzielle Bestimmungen*

Art. 28 - Entschädigungen

Die Regierung legt den Betrag der Entschädigungen und Anwesenheitsgelder fest, die den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses und den Experten gewährt werden.

Art. 29 - Rückforderungen

Wenn eine Zahlungsverpflichtung von Dritten besteht, kann der Dienst die tatsächlichen Kosten sowohl beim Nutzer als auch unmittelbar bei dem Drittzahler einfordern. Vereinbarungen bezüglich der Schadensersatzregelung, die zwischen dem Nutzer und dem Drittzahler abgeschlossen werden, sind dem Dienst nicht entgegenzuhalten.

Art. 30 - Rückgriff auf die mit der Einnahme und Beitreibung nichtsteuerlicher Forderungen beauftragte Verwaltung des Föderalen Öffentlichen Dienstes Finanzen.

In den in Artikel 29 erwähnten Fällen können die zurückzufordernden Beträge gemäß.

Artikel 51.1 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft begetrieben werden.

KAPITEL 6 — *Schlussbestimmungen*

Art. 31 - Übergangsbestimmung

Die zum 31. Dezember 2023 bestellten Mitglieder des Verwaltungsrats des Arbeitsamts der Deutschsprachigen Gemeinschaft gelten für die verbleibende Dauer ihrer ursprünglichen Bestellung von Amts wegen als Mitglieder des Verwaltungsausschusses für den Bereich Beschäftigungsförderung und Arbeitsvermittlung.

Art. 32 - Inkrafttreten

Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 13. November 2023

O. PAASCH

Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden und Finanzen

A. ANTONIADIS

Der Vize-Ministerpräsident, Minister für Gesundheit und Soziales,
Raumordnung und Wohnungswesen

I. WEYKMANS

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien

L. KLINKENBERG

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung

—
Fußnote

(1) Sitzungsperiode 2023-2024

Nummerierte Dokumente: 292 (2023-2024) Nr. 1 Dekretentwurf

292 (2023-2024) Nr. 2 Bericht

292 (2023-2024) Nr. 3 Vom Plenum des Parlaments verabschiedeter Text

Ausführlicher Bericht: 13. November 2023 - Nr. 64 Diskussion und Abstimmung

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2023/206751]

13 NOVEMBRE 2023. — Décret relatif aux mesures en matière de promotion de l'emploi et de placement (1)

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er}. — Dispositions générales**Article 1^{er}.** Champ d'application

Le présent décret s'applique au service désigné par le Gouvernement, aux partenaires ainsi qu'à toutes les personnes qui recourent, en tant qu'utilisateurs, aux mesures de soutien qui y sont établies.

Art. 2. Qualifications

Dans le présent décret, les qualifications s'appliquent à tous les sexes.

Art. 3. Définitions

Pour l'application du présent décret, il faut entendre par :

1° Service : le service désigné par le Gouvernement;

2° utilisateur : les demandeurs d'emploi, les employeurs, les travailleurs et les élèves ainsi que toute personne physique ou morale qui utilise ou est susceptible d'utiliser une prestation proposée dans le cadre du présent décret;

3° demandeur d'emploi : toute personne qui recherche une activité professionnelle comme travailleur salarié ou travailleur indépendant et qui a accès au marché du travail belge, indépendamment de ses revenus ou revenus de remplacement. La recherche d'emploi comprend la recherche d'offres de soutien, de stage ou de qualification utiles à cette fin;

4° employeur : toute personne physique ou morale qui offre un travail rémunéré dans le cadre d'une relation de travail statutaire ou contractuelle ou qui propose un stage ou une formation professionnelle;

5° inscription : l'inscription au registre des demandeurs d'emploi conformément à l'article 5 du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins;

6° partenaire : les organismes ou entreprises avec lesquels le Service collabore dans le cadre de l'exercice des missions définies dans le présent décret et qui proposent aux utilisateurs des prestations contribuant à la mise en œuvre des missions décrites aux articles 5 à 7;

7° avis conforme : un avis préalable à une décision, contraignant et établi en bonne et due forme et dans les délais impartis, qui n'autorise la proposition de décision que s'il est favorable sans réserve ou sous certaines conditions;

8° règlement général sur la protection des données : le règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE (règlement général sur la protection des données);

9° ALE : l'agence locale pour l'emploi, au sens de l'article 8, § 1^{er}, de l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs.

CHAPITRE 2. — Missions du Service en matière de politique de l'emploi**Art. 4.** Public cible

Pour l'application du présent chapitre et sans préjudice d'autres missions en matière de politique de l'emploi qui lui sont confiées en vertu d'autres décrets, le Service travaille dans l'intérêt des utilisateurs et des personnes qui souhaitent s'orienter ou évoluer sur le plan professionnel.

Art. 5. Promotion de l'emploi

Le Service exerce dans le domaine de la promotion de l'emploi les missions énumérées ci-après, et ce, au profit de tous les utilisateurs domiciliés en région de langue allemande :

1° fournir des informations, en particulier sur les thèmes suivants :

a) les offres d'emploi, de stage et de formation à pourvoir;

b) les services d'appui et prestations, mesures d'accompagnement et de soutien, projets et programmes en matière d'emploi, proposés tant par le Service que par les partenaires;

c) l'évolution et les besoins du marché du travail, les profils de métier ainsi que les compétences exigées;

2° proposer aux demandeurs d'emploi les prestations décrites ci-dessous, qu'ils perçoivent ou non des allocations de chômage :

a) inscription et désinscription en tant que demandeur d'emploi;

b) identification des qualifications, des expériences professionnelles, des métiers souhaités, des obstacles et des ressources;

c) transmission des offres adéquates de stage, de formation ou d'emploi;

d) communication des mesures de soutien adéquates;

e) fourniture de conseils et accompagnement en matière d'insertion professionnelle;

f) soutien à la recherche d'emploi et en matière de candidatures;

g) établissement d'attestations en vertu de dispositions légales, décrétales ou réglementaires;

h) réalisation d'examens médicaux et de tests;

3° promouvoir la formation et la formation continue au moyen de l'organisation :

a) d'offres qui lui sont propres;

b) d'offres en collaboration avec des partenaires;

c) d'examens dans le cadre des offres mentionnées aux a) et b) ou pour déterminer les compétences;

4° proposer aux élèves et aux adultes une préparation au choix d'une profession, et leur fournir des conseils en matière d'orientation professionnelle ainsi que des informations sur les métiers;

5° exercer l'activité d'une ALE et gérer un système ALE;

6° coordonner les mesures en cas de licenciement collectif, notamment la mise en place d'une cellule pour l'emploi conformément aux dispositions de la loi du 23 décembre 2005 relative au pacte de solidarité entre les générations;

7° effectuer les tâches suivantes en matière d'outplacement :

a) remboursement des frais liés à l'outplacement;

b) imposition de sanctions aux employeurs qui n'ont pas fait d'offre d'outplacement en violation des dispositions de la loi du 5 septembre 2001 visant à améliorer le taux d'emploi des travailleurs;

c) utilisation du montant récupéré pour reclasser des travailleurs licenciés auxquels aucun outplacement n'a été proposé.

Le Service peut proposer les prestations mentionnées à l'alinéa 1^{er} aux personnes qui ne sont pas domiciliées en région de langue allemande, lorsque :

1° la personne cherche un emploi en région de langue allemande;

2° la personne recherche un travailleur domicilié en région de langue allemande;

3° le Service a convenu d'une collaboration appropriée avec un autre organisme régional ou étranger compétent en matière de placement.

Art. 6. Soutien apporté aux employeurs

Le Service soutient les employeurs dans le cadre du recrutement et de la formation de travailleurs :

1° en enregistrant les offres d'emploi des employeurs, en les publiant et en les transmettant aux demandeurs d'emploi;

2° en proposant les candidats adéquats pour les offres d'emploi, les offres de formation ou les stages;

3° en fournissant des informations et des conseils en ce qui concerne les programmes de soutien, de formation et de formation continue;

4° en accompagnant et en conseillant les employeurs dans le cadre de la sélection du personnel, notamment lorsque ceux-ci forment ou engagent des personnes qui font face à des obstacles particuliers.

Art. 7. Missions particulières en matière de politique de l'emploi

Aux fins de la mise en œuvre des objectifs en matière de politique de l'emploi, le Service exerce les missions particulières suivantes :

1° observer le marché du travail et réaliser des analyses;

2° évaluer les prestations et les mesures destinées aux demandeurs d'emploi et aux employeurs;

3° promouvoir la concertation et la collaboration avec les partenaires;

4° gérer et octroyer les allocations et les incitants à l'emploi ou à la formation dont le Service a la charge en vertu d'une disposition légale, décrétole ou réglementaire;

5° développer et adapter les prestations pour le public cible mentionné à l'article 4;

6° concevoir et coordonner des projets spéciaux;

7° organiser des formations et des formations continues sur des thèmes spécialisés qui sont liés aux missions du Service en matière de politique de l'emploi;

8° assurer la représentation de la Communauté germanophone au sein d'organes belges, européens ou internationaux.

Art. 8. Activation et contrôle de la disponibilité pour le marché du travail

Sans préjudice des dispositions du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins, le Service exerce, dans le cadre de l'activation et du contrôle de la disponibilité pour le marché du travail, les missions suivantes :

1° mener les contrôles relatifs à la disponibilité dans le respect du cadre normatif de l'autorité fédérale;

2° statuer sur la dispense des exigences de disponibilité des demandeurs d'emploi indemnisés pour le marché du travail, octroyée en cas de reprise d'études ou de participation à une formation professionnelle ou à un stage.

Art. 9. Exécution

Le Gouvernement peut déterminer les conditions-cadres particulières pour l'exécution des missions du Service mentionnées dans le présent chapitre, y compris d'éventuelles dispositions procédurales.

Art. 10. Partenaires

Pour mener à bien ses missions, le Service coopère avec des partenaires et des prestataires externes. Il peut également conclure des accords avec des partenaires nationaux et étrangers.

Le Gouvernement peut prendre part à des personnes morales en vue de l'exécution des missions du Service. Les accords correspondants peuvent comporter une participation en capital.

Art. 11. Principes applicables lors de l'exercice des missions

§ 1^{er} - Les prestations du Service sont gratuites pour les employeurs, les travailleurs, les élèves et les demandeurs d'emploi.

Le Gouvernement peut prévoir des exceptions à la gratuité pour certaines prestations du Service, pour autant que celles-ci soient destinées à des employeurs ou à des travailleurs. Dans ce cas, la participation aux frais imposée est soumise au principe de proportionnalité.

§ 2 - Par dérogation à l'article 14 du décret du 15 octobre 2018 relatif à la communication électronique, publique et adressée aux particuliers, des autorités de la région de langue allemande et sans préjudice de l'article 16, § 2, alinéa 4, du même décret, le Gouvernement peut obliger les partenaires à communiquer avec le Service par voie électronique.

CHAPITRE 3. — *Participation et fourniture de conseils dans les domaines de la promotion de l'emploi et du placement***Art. 12.** Création

Un comité de gestion chargé de la promotion de l'emploi et du placement est créé.

Art. 13. Composition

Le comité de gestion se compose des membres suivants :

- 1° un président;
- 2° quatre représentants des organisations représentatives des travailleurs;
- 3° quatre représentants des organisations interprofessionnelles d'employeurs ayant leur siège en Communauté germanophone;
- 4° deux représentants des autorités locales de la région de langue allemande, dont l'un au moins représente un centre public d'action sociale;
- 5° deux représentants des écoles secondaires;
- 6° un représentant des centres de formation et de formation continue dans les classes moyennes et les PME;
- 7° un représentant des pouvoirs organisateurs de mesures de formation et d'intégration professionnelle soutenus par la Communauté germanophone.

Les membres mentionnés à l'alinéa 1^{er}, 2° à 7°, ont voix délibérative.

Ont voix consultative au comité de gestion :

- 1° un représentant du Ministère de la Communauté germanophone désigné par le Gouvernement;
- 2° un représentant du Service désigné par le Gouvernement;
- 3° un représentant du Gouvernement de la Communauté germanophone.

De manière ponctuelle, le comité de gestion peut inviter à ses séances des experts ayant voix consultative.

Le comité de gestion peut mettre en place et dissoudre des groupes de travail transversaux. Il fixe les missions, les objectifs et les éventuels délais, règle les modalités relatives à la composition et désigne le président.

Art. 14. Désignation des membres

§ 1^{er} - Le Gouvernement désigne :

- 1° le président du comité de gestion;
- 2° les membres mentionnés à l'article 13, alinéa 1^{er}, 2°, sur la proposition des organisations représentatives des travailleurs;
- 3° les membres mentionnés à l'article 13, alinéa 1^{er}, 3°, sur la proposition des organisations interprofessionnelles d'employeurs ayant leur siège en Communauté germanophone;
- 4° les membres mentionnés à l'article 13, alinéa 1^{er}, 4°, sur la proposition des communes;
- 5° les membres mentionnés à l'article 13, alinéa 1^{er}, 5°, sur la proposition des pouvoirs organisateurs de l'enseignement secondaire organisé, reconnu ou subventionné par la Communauté germanophone;
- 6° le membre mentionné à l'article 13, alinéa 1^{er}, 6°, sur la proposition des centres de formation et de formation continue dans les classes moyennes et les PME;
- 7° le membre mentionné à l'article 13, alinéa 1^{er}, 7°, sur la proposition des pouvoirs organisateurs de mesures de formation et d'intégration professionnelle.

Les membres mentionnés à l'alinéa 1^{er}, 2° à 7°, sont proposés à partir de listes doubles. Si aucun acte de présentation commun n'est remis par les organisations ou organismes habilités à présenter des candidats, le Gouvernement fait son choix parmi les différents actes de présentation.

Pas plus de deux tiers des membres mentionnés à l'article 13, alinéa 1^{er}, 2° à 7°, ne peuvent être du même sexe.

§ 2 - Les listes de présentation de candidats mentionnées au § 1^{er}, alinéa 2 :

- 1° sont introduites dans les deux mois suivant l'invitation écrite du Gouvernement en vue de la désignation des candidats;
- 2° comprennent un homme et une femme par acte de présentation.

Sans préjudice du quorum au sein du comité de gestion, une organisation ou un organisme habilité à présenter des candidats perd son ou ses mandats pour une durée d'un an au terme du délai prévu à l'alinéa 1^{er}, 1°, si, dans ce délai, il n'a proposé aucun représentant commun ou individuel au Gouvernement pour le ou les mandats à pourvoir conformément au § 1^{er}, alinéa 2.

Le Gouvernement peut accorder, sur demande motivée du membre concerné, une dérogation au prescrit prévu à l'alinéa 1^{er}, 2°.

§ 3 - Le président du comité de gestion doit être indépendant des organisations et organismes y étant représentés et ne peut relever du pouvoir hiérarchique du Gouvernement ou des membres du Gouvernement.

La qualité de membre du comité de gestion ayant voix délibérative est incompatible avec celle de membre du Parlement européen, de la chambre des représentants, du sénat, d'un parlement communautaire ou régional ou d'un gouvernement. En outre, un membre du comité de gestion ayant voix délibérative ne peut être gouverneur de province ou collaborateur au sein d'un cabinet ministériel.

À l'exception des membres mentionnés à l'article 13, alinéa 1^{er}, 5° à 7°, la qualité de membre du comité de gestion est incompatible avec une activité à titre principal ou accessoire auprès d'agences de placement privées ou d'agences de travail intérimaire au sens du décret du 11 mai 2009 relatif à l'agrément des agences de travail intérimaire et à la surveillance des agences de placement privées.

Art. 15. Durée du mandat

Les membres du comité de gestion sont désignés pour cinq ans. Leur mandat est renouvelable.

Le mandat des membres du comité de gestion prend fin en cas de décès, de démission volontaire, de déchéance des droits civils ou politiques, de la perte du mandat de l'organisation ou de l'organisme habilité à présenter des candidats ou si l'une des incompatibilités visées à l'article 14, § 3, est constatée.

Il est pourvu dans les trois mois au remplacement de tout membre qui a cessé de faire partie du comité de gestion avant la date normale d'expiration de son mandat. Le nouveau membre achève le mandat de son prédécesseur.

Art. 16. Prise de décision

§ 1^{er} - Le comité de gestion ne peut délibérer valablement que si plus de la moitié des membres ayant voix délibérative est présente. Quel que soit le nombre de membres ayant voix délibérative présents, il peut prendre des décisions valables sur les points inscrits pour la deuxième fois à l'ordre du jour.

Les décisions du comité de gestion sont prises à la majorité absolue des suffrages exprimés, le président n'ayant le droit de vote qu'en cas de parité des voix. Dans ce cas, sa voix est prépondérante.

§ 2 - Les séances du comité de gestion ont lieu en présentiel.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, le comité de gestion peut, sur décision de son président, siéger, délibérer et décider par téléconférence, vidéoconférence ou tout autre moyen de communication électronique assurant la sécurité des communications électroniques.

Le moyen de communication doit permettre à chaque membre du comité de gestion et aux autres participants de prendre connaissance directement, simultanément et sans interruption, des délibérations, d'y participer activement et d'exercer le droit de vote pour tous les points sur lesquels l'assemblée doit se prononcer.

Les convocations à la séance du comité de gestion comprennent une description des procédures pour la participation à distance à ladite séance. Le membre du comité de gestion qui participe à la séance du comité de gestion par le biais de ce moyen de communication est considéré comme présent en ce qui concerne le respect des dispositions respectives en matière de présence et de majorité.

Le procès-verbal de la séance du comité de gestion mentionne les éventuels problèmes techniques et incidents qui ont empêché ou perturbé la participation à la séance et/ou au vote par voie électronique.

Art. 17. Missions

§ 1^{er} - Le comité de gestion conseille le Service sur les questions relatives aux domaines de la promotion de l'emploi et du placement et, notamment, dans le cadre de l'exercice des missions mentionnées au chapitre 2.

Sans préjudice du § 2, pour autant qu'il y soit habilité, le Service ne prend aucune décision sans un avis conforme du comité de gestion pour ce qui concerne les matières suivantes :

1° l'octroi d'allocations au bénéfice de personnes morales et physiques, à l'exception des demandeurs d'emploi;

2° la passation de marchés publics dans le cadre du volet « Promotion de l'emploi et placement » du budget des dépenses de la Communauté germanophone, dont le montant est supérieur à 30 000 euros;

3° les projets relatifs à l'orientation stratégique globale, au travail conceptuel spécifique ainsi qu'à l'organisation et à la fourniture des prestations publiques dans le cadre de la mise en œuvre opérationnelle des missions décrétales et réglementaires qui ont été déléguées au Service;

4° les projets de budget du volet « Promotion de l'emploi et placement » du budget des dépenses de la Communauté germanophone.

§ 2 - Si l'intérêt général ou les dispositions en vigueur l'exigent, le Gouvernement peut enjoindre au comité de gestion de réévaluer certains projets de décision ou de répondre à certaines questions. Le Gouvernement communique au comité de gestion les questions sur lesquelles ce dernier doit rendre un avis ainsi que le délai prescrit à cette fin.

Si le comité de gestion n'a pas rendu son avis dans le délai imparti ou si le Gouvernement ne peut se rallier à l'avis rendu, celui-ci peut, par dérogation au § 1^{er}, prendre une décision en l'absence d'avis ou nonobstant l'avis du comité de gestion.

§ 3 - Le Service transmet, tous les six mois, au comité de gestion un aperçu statistique en ce qui concerne la situation relative au budget et au personnel, un rapport sur la gestion des réclamations ainsi qu'un rapport d'avancement sur la réalisation des objectifs stratégiques et des projets dans les domaines de la promotion de l'emploi et du placement.

§ 4 - Le Gouvernement sollicite, pour chaque projet de décret ou d'arrêté dans les domaines de la promotion de l'emploi et du placement, l'avis du comité de gestion, pour autant que le Conseil économique et social de la Communauté germanophone n'ait pas déjà émis un avis. Le comité de gestion est tenu d'émettre son avis dans les deux mois suivant l'introduction de la demande, sauf si un autre délai a été convenu.

En cas de modifications du statut des agents du Service, le Gouvernement sollicite un avis préalable auprès du comité de gestion.

Aux fins de la mise en œuvre des habilitations établies par le présent décret, le Gouvernement adopte les dispositions correspondantes, soit sur proposition du comité de gestion, soit après soumission des avant-projets à ce dernier pour avis.

Le comité de gestion peut, de sa propre initiative ou sur demande du Parlement ou du Gouvernement, élaborer des propositions ou des recommandations à des fins d'adaptation de l'offre dans les domaines de la promotion de l'emploi et du placement ainsi que les conditions-cadres correspondantes.

Le Parlement de la Communauté germanophone peut, par l'intermédiaire de son président, demander un avis au comité de gestion. Celui-ci transmet ledit avis au demandeur dans le délai fixé par le Parlement.

Art. 18. Règlement d'ordre intérieur

Le comité de gestion se dote d'un règlement d'ordre intérieur, lequel doit être approuvé par le Gouvernement. Ledit règlement règle notamment les aspects suivants :

1° la convocation du comité de gestion, la fixation de l'ordre du jour et la préparation des points de l'ordre du jour;

2° le processus de prise de décision au sein du comité de gestion;

3° la rédaction du procès-verbal;

4° le lieu de la réunion;

5° la procédure lorsqu'il est fait appel, de manière ponctuelle, à des experts.

CHAPITRE IV. — *Confidentialité et protection des données*

Art. 19. Confidentialité

Sans préjudice de dispositions légales ou décrétales contraires, le Gouvernement, le Service, ainsi que toutes les autres personnes parties prenantes à l'exécution du présent décret et de ses dispositions d'exécution sont tenus de traiter confidentiellement les données qui leur sont confiées dans le cadre de l'exercice de leurs missions.

Art. 20. Responsable du traitement des données

Sans préjudice de l'article 21, le Gouvernement est responsable du traitement des données à caractère personnel mentionnées à l'article 22. Il est réputé responsable du traitement de ces données au sens de l'article 4, 7), du règlement général sur la protection des données. Dans la mesure où des données sont transmises à des tiers conformément à l'article 25, ces derniers sont conjointement responsables avec le Gouvernement.

Art. 21. Traitement de données relatives à la santé.

Le traitement de données relatives à la santé des personnes concernées s'opère sous la responsabilité d'un professionnel des soins de santé ou d'un autre professionnel soumis au secret professionnel.

Art. 22. Catégories de données

Le Service peut, conformément à l'article 23, traiter les données à caractère personnel des catégories suivantes :

1° concernant les demandeurs d'emploi et les élèves :

- a) les données relatives à l'identité et les données de contact;
- b) la situation actuelle en matière de formation ou d'emploi;
- c) le numéro d'identification mentionné à l'article 8, § 1^{er}, 1° ou 2°, de la loi du 15 janvier 1990 relative à l'institution et à l'organisation d'une Banque-carrefour de la Sécurité sociale;
- d) les données relatives à la fréquentation scolaire ou à la formation, selon le cas;
- e) les données relatives aux expériences professionnelles antérieures;
- f) les données relatives aux objectifs et possibilités professionnels;
- g) les données pertinentes pour le placement en ce qui concerne les aptitudes, compétences et connaissances professionnelles;
- h) les données relatives à la capacité à chercher un emploi de façon autonome;
- i) les données relatives à la capacité à communiquer par voie électronique;
- j) les données pertinentes pour le placement en ce qui concerne la mobilité et la situation familiale;
- k) les données relatives aux loisirs et centres d'intérêt pertinents sur le plan professionnel;
- l) les données relatives à la coopération avec d'autres services publics;
- n) les autres atouts et obstacles pertinents pour le travail d'accompagnement et de placement;
- n) les données relatives aux offres d'accompagnement et de placement utilisées jusqu'à présent;
- o) les données relatives aux initiatives prises jusqu'à présent dans le cadre de la recherche d'emploi;
- p) les données pertinentes pour le placement en ce qui concerne la santé physique et psychique;
- q) les données judiciaires sous la forme d'un extrait du casier judiciaire;
- r) les données relatives au caractère involontaire du chômage;
- s) les données relatives au contrôle des efforts de recherche et aux sanctions en application de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage;
- t) les données relatives aux décisions prononcées dans le cadre du contrôle des efforts de recherche et des sanctions conformément à l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage;

2° concernant l'employeur :

- a) les données relatives à l'identité et les données de contact;
- b) les données relatives à la volonté de proposer des formations et des emplois;
- c) les données relatives aux offres de stage, de formation ou d'emploi;
- d) les données relatives au recours aux allocations et aux incitants à l'emploi ou à la formation, ainsi qu'aux prestations du Service.

Le Gouvernement peut préciser les catégories de données mentionnées à l'alinéa 1^{er}. Pour la catégorie de données mentionnée à l'alinéa 1^{er}, 1°, q), le Gouvernement précise les condamnations qui excluent le demandeur d'emploi et l'élève d'un placement dans une profession réglementée ou une profession qui requiert d'être en contact avec des groupes de personnes vulnérables, ainsi que la période durant laquelle il ne peut y avoir eu une telle condamnation.

Art. 23. Finalités du traitement

Sous réserve des dispositions décrétales qui fixent par ailleurs les missions du Gouvernement et du Service en matière de politique de l'emploi ainsi que les prescriptions dans le cadre du traitement des données à caractère personnel, le Service collecte et traite, dans le cadre du présent décret, des données à caractère personnel uniquement aux fins suivantes :

1° la mise en œuvre de la promotion de l'emploi conformément à l'article 5, pour ce qui est des catégories de données mentionnées à l'article 22, alinéa 1^{er}, 1°, a) à r);

2° la mise en œuvre des missions mentionnées à l'article 8 dans le cadre de l'activation et du contrôle de la disponibilité pour le marché du travail, pour ce qui est des catégories de données mentionnées à l'article 22, alinéa 1^{er}, 1°;

3° le soutien des employeurs dans le cadre du recrutement et de la formation de travailleurs conformément à l'article 6, pour ce qui est des catégories de données mentionnées à l'article 22, alinéa 1^{er}, 2°.

Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, le Service peut traiter les données pertinentes pour le placement en ce qui concerne la santé des demandeurs d'emploi et des élèves uniquement aux fins suivantes :

1° l'application de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage;

2° l'exclusion des offres de stage, de formation ou d'emploi qui ne sont pas compatibles avec les contraintes liées à la santé du demandeur d'emploi.

Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, le Service peut traiter les données figurant sur l'extrait du casier judiciaire, afin d'examiner la conduite du demandeur d'emploi ou, selon le cas, de l'élève au regard de sa compatibilité avec les offres existantes de stage, de formation ou d'emploi.

Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, le Service ne peut utiliser les données collectées à d'autres fins que celles mentionnées aux alinéas 1^{er} à 3.

Art. 24. Utilisation de données pour établir des analyses et statistiques

En principe, le Gouvernement ou le Service recourt à des données anonymes ou pseudonymisées pour établir des analyses et statistiques.

L'établissement d'analyses et de statistiques poursuit, conformément à l'article 7, les finalités suivantes :

1° l'observation du marché du travail et la réalisation d'analyses de celui-ci en vue de la mise à disposition d'une offre adaptée au marché du travail;

2° le développement, l'évaluation et l'adaptation des prestations et mesures destinées au public cible mentionné à l'article 4;

3° la conception et la coordination de projets spéciaux;

4° le développement et l'organisation de formations et de formations continues destinées aux demandeurs d'emploi et aux employeurs.

Si des données anonymes ne permettent pas d'établir les analyses et statistiques mentionnées à l'alinéa 1^{er}, le recours à des données pseudonymisées est autorisé.

Pour l'application de l'alinéa 3, le Gouvernement ou le Service mentionne dans la déclaration de traitement les raisons pour lesquelles le traitement de données anonymes ne permet pas d'établir les analyses et statistiques mentionnées à l'alinéa 1^{er}.

Art. 25. Collaboration avec des tiers

§ 1^{er} - Les personnes occupées auprès du Service sont tenues de collaborer avec des organismes publics et d'utilité publique qui proposent des prestations dans l'intérêt de l'insertion professionnelle de l'utilisateur.

Dans le cadre de cette collaboration, le Service peut échanger des informations concernant l'utilisateur ou les prestations utilisées ou recommandées.

Aux fins uniquement de la réalisation des finalités mentionnées à l'article 23, les données à caractère personnel mentionnées à l'article 22 peuvent être transmises aux personnes ou organismes qui, par ou en vertu d'une loi, d'un décret ou d'une ordonnance, sont chargés d'une mission d'intérêt public ou proposent aux demandeurs d'emploi et aux élèves des prestations qui contribuent à la mise en œuvre des missions en matière de politique de l'emploi mentionnées à l'article 7, pour autant que cette transmission soit nécessaire à l'exercice de la mission d'intérêt public ou à la proposition des prestations par les personnes ou organismes concernés et que seules les données utiles aux finalités mentionnées à l'article 23 soient transmises.

§ 2 - Pour remplir ses missions énumérées dans le chapitre 2, le Service travaille en collaboration avec des employeurs, des agences de placement et des prestataires qui proposent des stages, des qualifications ou des emplois.

Dans le cadre de cette collaboration, le Service peut échanger des informations concernant l'utilisateur, les stages, les qualifications ou les emplois. Le § 1^{er}, alinéa 3, est applicable *mutatis mutandis*.

§ 3 - Le Gouvernement précise :

1° les groupes de personnes avec lesquels des informations peuvent être échangées;

2° les données qui peuvent être échangées.

Art. 26. Durée de conservation des données

Les données de l'utilisateur ou de l'employeur, selon le cas, traitées conformément à l'article 22, alinéa 1^{er}, et à l'article 25, peuvent être conservées au maximum dix ans après qu'il a cessé de recourir aux prestations, sous une forme qui permet l'identification des personnes concernées. Sans préjudice des dispositions relatives à l'archivage, elles sont détruites au plus tard au terme de ce délai.

Art. 27. Mesures de sécurité

Lors du traitement des données mentionnées aux articles 22 et 25, le Service veille à ce que des mesures de sécurité appropriées soient appliquées.

Le Service veille à ce que les données traitées conformément à l'article 22 ne soient respectivement traitées que par les personnes chargées directement de la mise en œuvre de la mission correspondante.

Dans la mesure où les données sont rendues anonymes ou pseudonymisées, la technique correspondante s'aligne sur les recommandations de l'Agence de l'Union européenne pour la cybersécurité.

CHAPITRE V. — Dispositions financières

Art. 28. Indemnités

Le Gouvernement fixe le montant des indemnités et des jetons de présence octroyés aux membres du comité de gestion et aux experts.

Art. 29. Récupération

Lorsqu'une obligation de paiement existe dans le chef de tiers, le Service peut réclamer les coûts réels aussi bien auprès de l'utilisateur que directement auprès du tiers payant. Aucun accord conclu entre l'utilisateur et le tiers payant en ce qui concerne le règlement des dommages-intérêts ne peut être opposé au Service.

Art. 30. Recours à l'administration du Service public fédéral Finances en charge de la perception et du recouvrement de créances non fiscales

Dans les cas mentionnés à l'article 29, les montants à récupérer peuvent être recouverts conformément à l'article 51.1 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone.

Chapitre VI. — *Dispositions finales*

Art. 31. Disposition transitoire

Les membres du Comité de gestion de l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone désignés au 31 décembre 2023 sont, pour la durée restante de leur désignation initiale, d'office considérés comme membres du comité de gestion chargé de la promotion de l'emploi et du placement.

Art. 32. Entrée en vigueur

Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} janvier 2024.

Promulguons le présent décret, ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 13 novembre 2023.

O. PAASCH

Le Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,

A. ANTONIADIS

Le Vice-Ministre-Président, Ministre de la Santé et des Affaires sociales,
de l'Aménagement du territoire et du Logement

I. WEYKMANS

La Ministre de la Culture et des Sports, de l'Emploi et des Médias,

L. KLINKENBERG

La Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique,

—
Note

(1) Session 2023-2024

Documents parlementaires : 292 (2023-2024) n° 1 Projet de décret

292 (2023-2024) n° 2 Rapport

292 (2023-2024) n° 3 Texte adopté en séance plénière

Compte rendu intégral : 13 novembre 2023 - n° 64 Discussion et vote

—
VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2023/206751]

13 NOVEMBER 2023. — Decreet houdende maatregelen ter bevordering van de werkgelegenheid en inzake arbeidsbemiddeling (1)

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt:

HOOFDSTUK 1. — *Algemene bepalingen*

Artikel 1. Toepassingsgebied

Dit decreet is van toepassing op de door de Regering bepaalde dienst, de partners en alle personen die als gebruiker een beroep doen op de ondersteuningsmaatregelen die in dit decreet worden bepaald.

Art. 2. Verwijzingen naar personen

De verwijzingen naar personen in dit decreet gelden voor alle geslachten.

Art. 3. Definities

Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder:

1° dienst: de door de Regering bepaalde dienst;

2° gebruiker: werkzoekende, werkgever, werknemer en leerling, alsook elke natuurlijke persoon of rechtspersoon die gebruikmaakt van een bij dit decreet aangeboden dienstverlening of dat kan doen;

3° werkzoekende: elke persoon die een beroepsactiviteit als werknemer of als zelfstandige zoekt en toegang heeft tot de Belgische arbeidsmarkt, ongeacht zijn inkomen of vervangingsinkomen. Het zoeken naar werk omvat ook het zoeken naar ondersteunings-, stage- en kwalificatiemogelijkheden die daarbij kunnen helpen;

4° werkgever: elke natuurlijke persoon of rechtspersoon die betaald werk in statutair of contractueel dienstverband, een stage of een beroepsopleiding aanbiedt;

5° inschrijving: inschrijving in het werkzoekendenregister overeenkomstig artikel 5 van het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling;

6° partner: instelling of onderneming waarmee de dienst samenwerkt om de in dit decreet bepaalde taken te vervullen en die voorziet in dienstverlening voor de gebruikers die helpt om de taken beschreven in de artikelen 5 tot 7 te vervullen;

7° eensluidend advies: een overeenkomstig de voorschriften en binnen de gestelde termijn opgesteld dwingend advies dat voorafgaat aan een beslissing, waarbij de voorgestelde beslissing slechts mag worden genomen als het advies, al dan niet onder voorwaarden, gunstig is;

8° Algemene Verordening Gegevensbescherming; de Verordening (EU) 2016/679 van het Europees Parlement en de Raad van 27 april 2016 betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van Richtlijn 95/46/EG (Algemene Verordening Gegevensbescherming);

9° PWA: plaatselijk werkgelegenheidsagentschap in de zin van artikel 8, § 1, van de besluitwet van 28 december 1944 betreffende de maatschappelijke zekerheid der arbeiders.

HOOFDSTUK 2. — *Taken van de dienst op het gebied van het werkgelegenheidsbeleid*

Art. 4. Doelgroep

Voor de toepassing van dit hoofdstuk en zonder afbreuk te doen aan andere taken op het gebied van het werkgelegenheidsbeleid die bij andere decreten aan de dienst worden opgedragen, werkt de dienst in het belang van gebruikers en personen die zich op professioneel vlak willen oriënteren of ontwikkelen.

Art. 5. Bevordering van de werkgelegenheid

De dienst vervult de volgende taken op het gebied van de bevordering van de werkgelegenheid voor alle gebruikers met woonplaats in het Duitse taalgebied:

1° informatie verstrekken, met name over de volgende thema's:

- a) het aanbod aan vacante betrekkingen, stages en opleidingen;
- b) ondersteunende dienstverleners en dienstverlening, begeleidings- en bevorderingsmaatregelen, tewerkstellingsprojecten en tewerkstellingsprogramma's, zowel van de dienst als van partners;
- c) ontwikkelingen op de arbeidsmarkt, behoeften van de arbeidsmarkt, beroepsprofielen en vereiste competenties;

2° de volgende dienstverlening aanbieden aan werkzoekenden, ongeacht of ze een werkloosheidsuitkering ontvangen of niet:

- a) inschrijving en uitschrijving als werkzoekende;
- b) identificatie van kwalificaties, beroepservaring, beroepswensen, belemmeringen en mogelijkheden;
- c) mededeling van het aanbod aan passende stages, opleidingen of banen;
- d) mededeling van passende ondersteunings- en bevorderingsmaatregelen;
- e) advies en begeleiding inzake beroepsinschakeling;
- f) ondersteuning bij het zoeken naar werk en het solliciteren;
- g) afgifte van attesten op grond van wettelijke, decretale of reglementaire bepalingen;
- h) uitvoering van medische onderzoeken en tests;

3° opleiding en voortgezette opleiding bevorderen door het ontwikkelen van:

- a) een eigen aanbod;
- b) een aanbod samen met partners;
- c) examens in het kader van het in a) en b) genoemde aanbod of ter bepaling van de competenties;

4° beroepskeuzevoorbereiding, beroepsoriëntatie en beroepsadvies aanbieden aan leerlingen en volwassenen;

5° de activiteit van een PWA uitoefenen en een PWA-systeem beheren;

6° maatregelen coördineren in het geval van collectief ontslag, in het bijzonder een tewerkstellingscel oprichten overeenkomstig de wet van 23 december 2005 betreffende het generatiepact;

7° de volgende taken uitoefenen op het gebied van outplacement:

- a) de outplacementkosten vergoeden;
- b) werkgevers bestraffen die met schending van de wet van 5 september 2001 tot de verbetering van de werkgelegenheidsgraad van de werknemers, geen outplacement aangeboden hebben;
- c) het ingevorderde bedrag benutten voor het outplacement van ontslagen werknemers aan wie geen outplacement aangeboden werd.

De dienst kan de dienstverlening vermeld in het eerste lid aanbieden aan personen zonder woonplaats in het Duitse taalgebied indien:

1° de betrokken persoon werk zoekt in het Duitse taalgebied;

2° de betrokken persoon een werknemer met woonplaats in het Duitse taalgebied zoekt;

3° de dienst met een andere gewestelijke of buitenlandse arbeidsbemiddelingsinstantie is overeengekomen om op dat gebied samen te werken.

Art. 6. Ondersteuning van werkgevers

De dienst ondersteunt werkgevers bij de werving en opleiding van werknemers door:

- 1° werkaanbiedingen van werkgevers op te nemen, te publiceren en door te geven aan werkzoekenden;
- 2° geschikte kandidaten voor te stellen voor het aanbod aan banen, opleidingen of stages;
- 3° informatie en advies te verstrekken over programma's voor ondersteuning, opleiding en voortgezette opleiding;
- 4° werkgevers te begeleiden en te adviseren bij de personeelsselectie, in het bijzonder wanneer ze personen met bijzondere belemmeringen opleiden of aanstellen.

Art. 7. Bijzondere taken op het gebied van het werkgelegenheidsbeleid

De dienst vervult de volgende bijzondere taken om de doelstellingen van het werkgelegenheidsbeleid te realiseren:

1° observatie van de arbeidsmarkt en uitvoering van analyses;

2° beoordeling van dienstverlening en maatregelen voor werkzoekenden en werkgevers;

3° bevordering van het overleg en de samenwerking met partners;

- 4° beheer en toekenning van uitkeringen en stimulansen om te werken en om opleidingen te volgen die op basis van een wettelijke, decretaale of verordenende bepaling aan de dienst worden toevertrouwd;
- 5° ontwikkeling en aanpassing van de dienstverlening aan de doelgroep vermeld in artikel 4;
- 6° ontwikkeling en coördinatie van bijzondere projecten;
- 7° organisatie van opleidingen en voortgezette opleidingen over gespecialiseerde thema's die verband houden met de taken van de dienst op het gebied van het werkgelegenheidsbeleid;
- 8° vertegenwoordiging van de Duitstalige Gemeenschap in Belgische, Europese of internationale organen.

Art. 8. Activering en controle van de beschikbaarheid voor de arbeidsmarkt

Met behoud van de toepassing van het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling oefent de dienst de volgende opdrachten uit in het kader van de activering en de controle van de beschikbaarheid voor de arbeidsmarkt:

- 1° controleren van de beschikbaarheid met inachtneming van het regelgevend kader van de federale overheid;
- 2° beslissen over de vrijstelling van het vereiste om beschikbaar te zijn voor de arbeidsmarkt die wordt toegekend aan uitkeringsgerechtigde werkzoekenden in geval van studiehervatting, het volgen van een beroepsopleiding of het volgen van een stage.

Art. 9. Uitvoering

De Regering kan de bijzondere raamvoorwaarden, met inbegrip van eventuele procedurebepalingen, vastleggen voor de uitvoering van de taken van de dienst die in dit hoofdstuk worden vermeld.

Art. 10. Partners

De dienst werkt voor de vervulling van zijn taken samen met partners en externe dienstverrichters. Daartoe kan hij overeenkomsten sluiten met partners in binnen- en buitenland.

De Regering kan deelhebben in rechtspersonen met het oog op de uitvoering van de taken van de dienst. De desbetreffende overeenkomsten kunnen een participatie in het kapitaal omvatten.

Art. 11. Beginselen bij de uitoefening van de taken

§ 1 - De prestaties van de dienst zijn kosteloos voor werkgevers, werknemers, leerlingen en werkzoekenden.

De Regering kan voor individuele prestaties van de dienst voorzien in uitzonderingen op de kosteloosheid, voor zover deze zich richten tot werkgevers of werknemers. In dat geval moet de opgelegde bijdrage in de kosten voldoen aan het evenredigheidsbeginsel.

§ 2 - In afwijking van artikel 14 van het decreet van 15 oktober 2018 betreffende de niet-openbare en openbare elektronische communicatie van de overheden van het Duitse taalgebied en met behoud van de toepassing van artikel 16, § 2, vierde lid, van dat decreet kan de Regering de partners ertoe verplichten elektronisch met de dienst te communiceren.

HOOFDSTUK 3. — *Medewerking en advies inzake bevordering van de werkgelegenheid en inzake arbeidsbemiddeling*

Art. 12. Oprichting

Er wordt een beheerscomité opgericht dat bevoegd is voor de bevordering van de werkgelegenheid en voor arbeidsbemiddeling.

Art. 13. Samenstelling

Het beheerscomité is samengesteld uit de volgende leden:

- 1° één voorzitter;
- 2° vier vertegenwoordigers van de representatieve werknemersorganisaties;
- 3° vier vertegenwoordigers van de interprofessionele werkgeversorganisaties die in de Duitstalige Gemeenschap gevestigd zijn;
- 4° twee vertegenwoordigers van de lokale besturen van het Duitse taalgebied waarvan ten minste één een openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn vertegenwoordigt;
- 5° twee vertegenwoordigers van de secundaire scholen;
- 6° één vertegenwoordiger van de centra voor opleiding en voortgezette opleiding in de middenstand en de kmo's;
- 7° één vertegenwoordiger van de door de Duitstalige Gemeenschap ondersteunde inrichtende machten op het gebied van maatregelen inzake beroepsopleiding en inschakeling in het beroepsleven.

De leden vermeld in het eerste lid, 2° tot 7°, zijn stemgerechtigd.

Hebben raadgevende stem in het beheerscomité:

- 1° één door de Regering aangewezen vertegenwoordiger van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;
- 2° één door de Regering aangewezen vertegenwoordiger van de dienst;
- 3° één vertegenwoordiger van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap.

Het beheerscomité kan voor bepaalde punten deskundigen met adviserende stem voor zijn vergaderingen uitnodigen.

Het beheerscomité kan overkoepelende werkgroepen opzetten en ontbinden. Het legt de taken, de doelstellingen, de eventuele termijnen en de nadere regels van de samenstelling vast en het wijst de voorzitter aan.

Art. 14. Aanwijzing van de leden

§ 1 - De Regering wijst de volgende personen aan:

- 1° de voorzitter van het beheerscomité;
- 2° de leden vermeld in artikel 13, eerste lid, 2°, op voordracht van de representatieve werknemersorganisaties;
- 3° de leden vermeld in artikel 13, eerste lid, 3°, op voordracht van de interprofessionele werkgeversorganisaties die in de Duitstalige Gemeenschap gevestigd zijn;

4° de leden vermeld in artikel 13, eerste lid, 4°, op voordracht van de gemeenten;

5° de leden vermeld in artikel 13, eerste lid, 5°, op voordracht van de inrichtende machten van het door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde, erkende of gesubsidieerde secundair onderwijs;

6° het lid vermeld in artikel 13, eerste lid, 6°, op voordracht van de centra voor opleiding en voortgezette opleiding in de middenstand en de kmo's;

7° het lid vermeld in artikel 13, eerste lid, 7°, op voordracht van de instanties die maatregelen inzake beroepsopleiding en inschakeling in het beroepsleven organiseren.

De leden vermeld in het eerste lid, 2° tot 7°, worden voorgedragen op lijsten met telkens twee kandidaten. Is er geen gezamenlijke kandidatenlijst van de verschillende organisaties of instellingen die kandidaten mogen voordragen, dan kiest de Regering uit de afzonderlijke kandidatenlijsten.

Niet meer dan twee derde van de leden vermeld in artikel 13, eerste lid, 2° tot 7°, mag van hetzelfde geslacht zijn.

§ 2 - De kandidatenlijsten vermeld in § 1, tweede lid:

1° worden ingediend binnen een termijn van twee maanden na het schriftelijk verzoek van de Regering om kandidaten voor te dragen;

2° bevatten voor elke voordracht een mannelijke én een vrouwelijke kandidaat.

Zonder dat dit afbreuk doet aan de mogelijkheid van het beheerscomité om rechtsgeldig te beraadslagen en te besluiten, verliest een voordrachtgerechtigde organisatie of instelling haar mandaat of haar mandaten voor de duur van één jaar na afloop van de termijn genoemd in het eerste lid, 1°, wanneer ze binnen die termijn noch een gezamenlijke noch een afzonderlijke vertegenwoordiger voor het in te vullen mandaat of de in te vullen mandaten overeenkomstig § 1, tweede lid, voorgedragen heeft aan de Regering.

Op met redenen omkleed verzoek van het lid kan de Regering een afwijking toestaan van de regel die is vastgelegd in het eerste lid, 2°.

§ 3 - De voorzitter van het beheerscomité moet onafhankelijk staan tegenover de organisaties en instellingen die in het beheerscomité vertegenwoordigd zijn, en mag niet onder het hiërarchisch gezag van de Regering of van de regeringsleden staan.

De hoedanigheid van stemgerechtigd lid van het beheerscomité is niet verenigbaar met die van lid van het Europees Parlement, de Kamer van volksvertegenwoordigers, de Senaat, een gemeenschapsparlement, een gewestparlement of een regering. Bovendien is de hoedanigheid van lid van het beheerscomité niet verenigbaar met de hoedanigheid van provinciegouverneur of kabinetsmedewerker.

Behalve voor de leden vermeld in artikel 13, eerste lid, 5° tot 7°, is de hoedanigheid van lid van het beheerscomité niet verenigbaar met een afhankelijkheid in hoofd- of bijberoep van particuliere arbeidsbemiddelingsbureaus in de zin van het decreet van 11 mei 2009 betreffende de erkenning van uitzendbureaus en de controle op de particuliere arbeidsbemiddelingsbureaus.

Art. 15. Duur van de mandaten

De leden van het beheerscomité worden aangewezen voor een termijn van vijf jaar. Hun mandaat kan worden verlengd.

Het mandaat van de leden van het beheerscomité eindigt door overlijden, vrijwillig ontslag, verval van de burgerlijke of politieke rechten, verlies van het mandaat door de organisatie of instelling die kandidaten mag voordragen, of als een van de onverenigbaarheden bepaald in artikel 14, § 3, zich voordoet.

Als een lid het beheerscomité voor het einde van zijn mandaat verlaat, wordt het binnen drie maanden vervangen. Het nieuwe lid voltooit het mandaat van zijn voorganger.

Art. 16. Besluitvorming

§ 1 - Het beheerscomité kan slechts geldig beraadslagen en besluiten als meer dan de helft van de stemgerechtigde leden aanwezig is. Voor punten die voor de tweede keer op de agenda staan, kan het beheerscomité geldige beslissingen nemen, ongeacht het aantal aanwezige stemgerechtigde leden.

De beslissingen van het beheerscomité worden bij volstreekte meerderheid van de uitgebrachte stemmen genomen, waarbij de voorzitter alleen bij staking van stemmen stemgerechtigd is. In dat geval is zijn stem doorslaggevend.

§ 2 - Het beheerscomité vergadert fysiek.

In afwijking van het eerste lid kan het beheerscomité op basis van een beslissing van de voorzitter vergaderen, beraadslagen en beslissen per telefoonconferentie, videoconferentie of via andere elektronische communicatiemiddelen die de veiligheid van de elektronische communicatie waarborgen.

Het communicatiemiddel moet elk lid van het beheerscomité en andere deelnemers de mogelijkheid bieden direct, gelijktijdig en ononderbroken kennis te nemen van de beraadslagingen, actief eraan deel te nemen en zijn stemrecht uit te oefenen met betrekking tot alle punten waarover de vergadering moet beslissen.

In de uitnodigingen voor vergaderingen van het beheerscomité wordt beschreven hoe de vergadering vanaf een afstand kan worden bijgewoond. Het lid van het beheerscomité dat via dit communicatiemiddel deelneemt aan de vergadering, geldt voor de inachtneming van de voorschriften met betrekking tot aanwezigheid en meerderheid als aanwezig.

Eventuele technische problemen of incidenten die de langs elektronische weg georganiseerde deelneming aan de vergadering en/of stemming hebben verhinderd of verstoord, worden vermeld in de notulen van de vergadering.

Art. 17. Taken

§ 1 - Het beheerscomité geeft aan de dienst advies inzake bevordering van de werkgelegenheid en inzake arbeidsbemiddeling en geeft hem in het bijzonder advies bij de uitvoering van de taken vermeld in hoofdstuk 2.

Met behoud van de toepassing van paragraaf 2 neemt de dienst, voor zover hij gemachtigd is om beslissingen te nemen, in de volgende aangelegenheden geen beslissing zonder eensluitend advies van het beheerscomité:

1° de toekenning van tegemoetkomingen voor rechtspersonen en natuurlijke personen, met uitzondering van werkzoekenden;

2° de gunning van overheidsopdrachten inzake bevordering van de werkgelegenheid en inzake arbeidsbemiddeling uit de uitgavenbegroting van de Duitstalige Gemeenschap indien het opdrachtbedrag hoger is dan 30.000 euro;

3° de ontwerpen voor de algemene strategie, voor het gespecialiseerde conceptueel werk en voor de organisatie en uitvoering van openbare dienstverlening in het kader van de operationele implementatie van de decretale en reglementaire opdrachten die werden overgedragen aan de dienst;

4° de ontwerpbegrotingen inzake bevordering van de werkgelegenheid en inzake arbeidsbemiddeling van de uitgavenbegroting van de Duitstalige Gemeenschap.

§ 2 - Indien het algemeen belang of geldende bepalingen dit vereisen, kan de Regering het beheerscomité met aandrang vragen om opnieuw een advies uit te brengen over bepaalde ontwerpbeslissingen of om bepaalde vragen te beantwoorden. De Regering deelt het beheerscomité mee over welke aangelegenheden het een advies moet verstrekken en binnen welke termijn.

Indien het beheerscomité geen advies heeft verstrekt binnen de gestelde termijn of indien de Regering zich niet kan aansluiten bij het verstrekte advies, kan ze in afwijking van paragraaf 1 een beslissing nemen zonder advies of niettegenstaande het advies van het beheerscomité.

§ 3 - De dienst bezorgt het beheerscomité om de zes maanden een statistisch overzicht van de begrotings- en personeelssituatie, een verslag over het klachtenbeheer en een voortgangsverslag over de realisatie van de strategische doelstellingen en projecten inzake bevordering van de werkgelegenheid en inzake arbeidsbemiddeling.

§ 4 - De Regering wint het advies van het beheerscomité in over elk ontwerp van decreet of besluit inzake bevordering van de werkgelegenheid en inzake arbeidsbemiddeling, tenzij de Sociaal-Economische Raad van de Duitstalige Gemeenschap al een advies heeft afgegeven. Het beheerscomité is verplicht om binnen twee maanden na indiening van de aanvraag een advies uit te brengen, tenzij er een andere termijn is overeengekomen.

Als het statuut van de personeelsleden van de dienst wordt gewijzigd, wint de Regering voorafgaand advies in bij het beheerscomité.

De Regering keurt de bepalingen voor de uitvoering van de in dit decreet vastgelegde machtigingen goed, hetzij op voorstel van het beheerscomité, hetzij na de voorontwerpen voor advies te hebben voorgelegd aan het beheerscomité.

Het beheerscomité kan op eigen initiatief of op verzoek van het Parlement of de Regering voorstellen of aanbevelingen doen om het aanbod inzake bevordering van de werkgelegenheid en inzake arbeidsbemiddeling, samen met de bijbehorende raamvoorwaarden, aan te passen.

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap kan via zijn voorzitter een advies aanvragen bij het beheerscomité. Het beheerscomité bezorgt dat advies binnen een door het Parlement gestelde termijn aan de aanvrager.

Art. 18. Huishoudelijk reglement

Het beheerscomité stelt een huishoudelijk reglement op dat door de Regering moet worden goedgekeurd. In het huishoudelijk reglement worden in het bijzonder de volgende aspecten geregeld:

- 1° de bijeenroeping van het beheerscomité, de agendering en de voorbereiding van de agendapunten;
- 2° de besluitvormingsprocedure in het beheerscomité;
- 3° de notulering;
- 4° de vergaderplaats;
- 5° de procedure om voor bepaalde punten deskundigen erbij te betrekken.

HOOFDSTUK 4. — Vertrouwelijkheid en bescherming van persoonsgegevens

Art. 19. Vertrouwelijkheid

Met behoud van de toepassing van andersluidende wettelijke of decretale bepalingen moeten de Regering, de dienst en alle andere personen die bij de uitvoering van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan betrokken zijn, de gegevens die aan hen toevertrouwd worden in het kader van de uitoefening van hun opdracht, vertrouwelijk behandelen.

Art. 20. Verwerkingsverantwoordelijke

Met behoud van de toepassing van artikel 21 is de Regering verantwoordelijk voor de verwerking van de persoonsgegevens vermeld in artikel 22. Ze geldt voor de verwerking van deze gegevens als de verwerkingsverantwoordelijke in de zin van artikel 4, punt 7, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming. Voor zover gegevens overeenkomstig artikel 25 doorgegeven worden aan derden, zijn die derden en de Regering gezamenlijk verantwoordelijk.

Art. 21. Verwerking van gezondheidsgegevens

De gegevens over de gezondheid van de betrokken personen worden verwerkt onder de verantwoordelijkheid van een beroepsbeoefenaar uit de gezondheidszorg of een andere beroepsbeoefenaar die gebonden is aan het beroepsgeheim.

Art. 22. Gegevenscategorieën

De dienst kan persoonsgegevens uit de volgende categorieën overeenkomstig artikel 23 verwerken:

- 1° met betrekking tot werkzoekenden en leerlingen:
 - a) identiteitsgegevens en contactgegevens;
 - b) de actuele opleidings- of werksituatie;
 - c) de identificatienummers bedoeld in artikel 8, § 1, 1° of 2°, van de wet van 15 januari 1990 houdende oprichting en organisatie van een Kruispuntbank van de Sociale Zekerheid;
 - d) gegevens over het schoolbezoek of de opleiding;
 - e) gegevens over het beroepsverleden;
 - f) gegevens over de professionele doelstellingen en mogelijkheden;
 - g) gegevens over de professionele bekwaamheden, competenties en kennis die relevant zijn voor de bemiddeling;
 - h) gegevens over het vermogen om zelfstandig werk te zoeken;
 - i) gegevens over het vermogen om elektronisch te communiceren;

- j) gegevens over de mobiliteit en de gezinssituatie die relevant zijn voor de bemiddeling;
 - k) gegevens over vrijetijdsbestedingen en interesses die beroepsmatig relevant zijn;
 - l) gegevens over de samenwerking met andere openbare diensten;
 - n) gegevens over andere kansen en belemmeringen die relevant zijn voor het begeleidings- en bemiddelingswerk;
 - n) gegevens over het tot nog toe gebruikte begeleidings- en bemiddelingsaanbod;
 - o) gegevens over tot nog toe genomen initiatieven in het kader van het zoeken naar werk;
 - p) gegevens over de lichamelijke en geestelijke gezondheid die relevant zijn voor de bemiddeling;
 - q) gerechtelijke gegevens in de vorm van een uittreksel uit het strafregister;
 - r) gegevens over het onvrijwillige karakter van de werkloosheid;
 - s) gegevens over controles van de zoekinspanningen en de sancties met toepassing van het koninklijk besluit van 25 november 1991 houdende de werkloosheidsreglementering;
 - t) gegevens over beslissingen die genomen werden in het kader van de controle van de zoekinspanningen en de sancties overeenkomstig het koninklijk besluit van 25 november 1991 houdende de werkloosheidsreglementering;
- 2° met betrekking tot werkgevers:
- a) identiteitsgegevens en contactgegevens;
 - b) gegevens over hun bereidheid personen op te leiden en aan te stellen;
 - c) gegevens over stages en over het aanbod aan opleidingen of banen;
 - d) gegevens over de gebruikmaking van tegemoetkomingen en werk- en opleidingsstimulansen en de dienstverlening van de dienst.

De Regering kan de in het eerste lid genoemde gegevenscategorieën preciseren. Voor de gegevenscategorie vermeld in het eerste lid, 1°, q), preciseert de Regering de veroordelingen waardoor werkzoekenden en leerlingen uitgesloten worden van een toeleiding naar een gereguleerd beroep of naar een beroep dat contact met kwetsbare personen inhoudt, alsook de periode waarin ze geen dergelijke veroordeling mogen hebben opgelopen.

Art. 23. Verwerkingsdoeleinden

Onder voorbehoud van decretale bepalingen die de taken van de Regering en van de dienst op het gebied van het werkgelegenheidsbeleid, alsook de regels voor de verwerking van persoonsgegevens op een andere manier vastleggen, verzamelt en verwerkt de dienst in het kader van dit decreet persoonsgegevens uitsluitend voor de volgende doeleinden:

1° gegevens uit de gegevenscategorieën vermeld in artikel 22, eerste lid, 1°, a) tot r), voor de uitvoering van de bevordering van de werkgelegenheid bedoeld in artikel 5;

2° gegevens uit de gegevenscategorieën vermeld in artikel 22, eerste lid, 1°, voor de uitvoering van de in artikel 8 vermelde opdrachten in het kader van de activering en de controle van de beschikbaarheid voor de arbeidsmarkt;

3° gegevens uit de gegevenscategorieën vermeld in artikel 22, eerste lid, 2°, voor de in artikel 6 bedoelde ondersteuning van werkgevers bij de werving en opleiding van werknemers.

Met behoud van de toepassing van het eerste lid kan de dienst de voor de bemiddeling relevante gezondheidsgegevens over de werkzoekenden en leerlingen uitsluitend verwerken voor de volgende doeleinden:

1° voor de toepassing van het koninklijk besluit van 25 november 1991 houdende de werkloosheidsreglementering;

2° voor de uitsluiting van stages, opleidingen of banen die niet verenigbaar zijn met de gezondheidsgerelateerde belemmeringen van de werkzoekende.

Met behoud van de toepassing van het eerste lid kan de dienst de gegevens die vermeld staan op een uittreksel uit het strafregister verwerken om te controleren of het gedrag van de werkzoekende of leerling verenigbaar is met het beschikbare aanbod aan stages, opleidingen of banen.

Met behoud van de toepassing van het eerste lid mag de dienst de verzamelde gegevens niet gebruiken voor andere doeleinden dan die vermeld in het eerste tot derde lid.

Art. 24. Gebruik van gegevens voor analyses en statistieken

De Regering of de dienst maakt in beginsel gebruik van anonieme of gepseudonimiseerde gegevens om analyses en statistieken op te stellen.

De analyses en statistieken hebben overeenkomstig artikel 7 de volgende doeleinden:

1° observatie van de arbeidsmarkt en arbeidsmarktanalyses om een aanbod ter beschikking te stellen dat afgestemd is op de arbeidsmarkt;

2° ontwikkeling, evaluatie en aanpassing van dienstverlening en maatregelen voor de doelgroep vermeld in artikel 4;

3° ontwikkeling en coördinatie van bijzondere projecten;

4° ontwikkeling en organisatie van opleidingen en voortgezette opleidingen voor werkzoekenden en werkgevers.

Als de in het eerste lid bedoelde analyses en statistieken niet op basis van geanonimiseerde gegevens opgesteld kunnen worden, is het gebruik van gepseudonimiseerde gegevens toegestaan.

Voor de toepassing van het derde lid vermeldt de Regering of de dienst in de aangifte betreffende de verwerking waarom het niet mogelijk is de in het eerste lid bedoelde analyses en statistieken op te stellen door anonieme gegevens te verwerken.

Art. 25. Samenwerking met derden

§ 1 - De werknemers van de dienst zijn verplicht samen te werken met openbare instellingen en instellingen van openbaar nut die dienstverlening aanbieden met het oog op de inschakeling van de gebruiker in het beroepsleven.

In het kader van die samenwerking kan de dienst informatie uitwisselen die betrekking heeft op de gebruiker of de dienstverlening waarvan hij gebruik heeft gemaakt of die hem werd aanbevolen.

Uitsluitend met het oog op de vervulling van de in artikel 23 vermelde doeleinden mogen de in artikel 22 vermelde persoonsgegevens worden doorgegeven aan personen of instellingen die bij of krachtens een wet, decreet of ordonnantie met een opdracht van algemeen belang zijn belast of die dienstverlening voor werkzoekenden en leerlingen aanbieden die nuttig is voor de uitvoering van de in artikel 7 vermelde taken inzake werkgelegenheidsbeleid, voor zover die doorgifte noodzakelijk is opdat de betrokken personen of instellingen hun opdracht van algemeen belang kunnen uitvoeren of hun dienstverlening kunnen aanbieden, en voor zover alleen gegevens worden doorgegeven die relevant zijn voor de doeleinden vermeld in artikel 23.

§ 2 - Voor de vervulling van zijn taken als opgesomd in hoofdstuk 2 werkt de dienst samen met werkgevers, arbeidsbemiddelaars en dienstverleners die stages, kwalificaties of banen aanbieden.

In het kader van die samenwerking kan de dienst informatie uitwisselen die betrekking heeft op de gebruiker, de stages, de kwalificaties of de banen. § 1, derde lid, is mutatis mutandis van toepassing.

§ 3 - De Regering bepaalt:

1° de groepen personen met wie informatie uitgewisseld kan worden;

2° de gegevens die uitgewisseld kunnen worden.

Art. 26. Bewaartermijn van de gegevens

Nadat de gebruikers of werkgevers opgehouden hebben gebruik te maken van de dienstverlening, mogen hun overeenkomstig artikel 22, eerste lid, en artikel 25 verwerkte gegevens nog hoogstens tien jaar bewaard worden in een vorm die het mogelijk maakt de betrokken personen te identificeren. Met behoud van de toepassing van de bepalingen betreffende het archiefwezen worden de betreffende gegevens uiterlijk na het verstrijken van die termijn vernietigd.

Art. 27. Veiligheidsmaatregelen

De dienst let er bij de verwerking van de gegevens vermeld in de artikelen 22 en 25 op dat passende veiligheidsmaatregelen genomen worden.

De dienst zorgt ervoor dat de overeenkomstig artikel 22 verwerkte gegevens alleen verwerkt worden door personen die rechtstreeks belast zijn met de uitvoering van de betreffende taak.

Voor zover gegevens geanonimiseerd of gepseudonimiseerd worden, richt de daartoe gebruikte techniek zich naar de aanbevelingen van het Agentschap van de Europese Unie voor cyberbeveiliging (Enisa).

HOOFDSTUK 5. — Financiële bepalingen

Art. 28. Vergoedingen

De Regering bepaalt het bedrag van de vergoedingen en presentiegelden die worden toegekend aan de leden van het beheerscomité en aan de deskundigen.

Art. 29. Terugvorderingen

Wanneer er een betalingsverplichting in hoofde van derden bestaat, kan de dienst de werkelijke kosten zowel bij de gebruiker als rechtstreeks bij de derde invorderen. Overeenkomsten tussen de gebruiker en de derde met betrekking tot schadevergoedingen zijn niet tegenstelbaar aan de dienst.

Art. 30. Beroep op de Federale Overheidsdienst Financiën die belast is met de inning en invordering van niet-fiscale schuldvorderingen

In de gevallen vermeld in artikel 29 kunnen de terug te vorderen bedragen overeenkomstig artikel 51.1 van het decreet van 25 mei 2009 betreffende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap ingevorderd worden.

HOOFDSTUK 6. — Slotbepalingen

Art. 31. Overgangsbepaling

De personen die op 31 december 2023 lid zijn van het beheerscomité van de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap, worden voor de resterende duur van hun oorspronkelijke aanwijzing van ambtswege beschouwd als lid van het beheerscomité dat bevoegd is voor de bevordering van de werkgelegenheid en voor arbeidsbemiddeling.

Art. 32. Inwerkingtreding

Dit decreet treedt in werking op 1 januari 2024.

Kondigen dit decreet af, bevelen dat het in het *Belgisch Staatsblad* zal worden bekendgemaakt.

Eupen, 13 november 2023.

O. PAASCH

De Minister-President, Minister van Lokale Besturen en Financiën,

A. ANTONIADIS

De Viceminister-President, Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
Ruimtelijke Ordening en Huisvesting,

I. WEYKMANS

De Minister van Cultuur en Sport, Werkgelegenheid en Media,

L. KLINKENBERG

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

Nota

(1) Zitting 2023-2024

Parlementaire stukken: 292 (2023-2024) Nr. 1 Ontwerp van decreet

292 (2023-2024) Nr. 2 Verslag

292 (2023-2024) Nr. 3 Tekst aangenomen door de plenaire vergadering

Integraal verslag: 13 november 2023 - Nr. 64 Bespreking en stemming